

schließlich 1000 oder noch mehr Stimmen hinter sich hat. Auf Grund dieser Stimmenzahl wurde dann diese Resolution abgelehnt. Im übrigen hat diese Bezirkskonferenz in Mitteldeutschland nach hartem Gefecht das Fundament gegen die Wirrköpfe Rühlischer Richtung gelegt. Ich persönlich bedaure, daß man mit Rühle nicht schon früher Schluß gemacht hat. Wir hätten in Ost-Sachsen dann nicht dieses Fiasko erlitten, und wir hätten uns im Bezirk nicht zu zerschmettern lassen brauchen von diesem Pazifisten, der von proletarischer Revolution, von proletarischem Wesen absolut gar keine Ahnung hat.

Es wird hierauf ein Schlußantrag gegen vier Stimmen angenommen.

Genosse R a s c h (Schlußwort):

Ich möchte vor allen Dingen feststellen, daß kein Vertreter des Geschäftsführenden Hauptausschusses auf irgendeine Bezirkskonferenz gegangen ist, ohne vom Wirtschaftsbezirk dazu aufgefordert zu sein, ein Referat dort zu halten, daß ich es aber für selbstverständlich halte, daß der Geschäftsführende Hauptausschuß auf den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke vertreten sein muß, um eine Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Partei ständig zu geben und dadurch die enge Fühlungnahme der Wirtschaftsbezirke untereinander herzustellen. (Genosse M a n n s f e l d : Und der geistige Vater aller Resolutionen zu werden!) Weiter liegen die Dinge so, daß in den einzelnen Wirtschaftskonferenzen fast jedesmal jemand von uns ein Referat hatte, daß aber die Genossen zu allen strittigen Fragen selbständig ihre Tagesordnung hatten und niemandem von uns eingefallen ist, irgendwie Beschlüsse den Genossen aufzuoktroyieren. Der Geschäftsführende Hauptausschuß hat nur das ausgeführt, wozu er beauftragt war, einerseits durch den Parteitag, andererseits durch den erweiterten Zentrallausschuß, der aus je einem Delegierten eines jeden Wirtschaftsbezirks besteht, so daß also, wenn der Geschäftsführende Hauptausschuß angegriffen wird, damit auch die Delegierten aus jedem Wirtschaftsbezirk angegriffen sind, die eben dort die Meinung ihres Wirtschaftsbezirks in der erweiterten Zentrallausschuß-Sitzung vertreten haben. Wir sind lediglich das ausführende Organ des erweiterten Zentrallausschusses, also somit der zentrale Ausdruck derjenigen gewesen, die dort ihre Meinung als Vertreter der Wirtschaftsbezirke kundgetan haben. In Bezug auf den Ausschluß des Genossen Rühle möchte ich feststellen, daß ein direkt persönlicher Ausschluß garnicht erfolgt ist, sondern infolge der Tätigkeit, die unter Leitung Rüh-

les Ost-Sachsen geübt hat, ist an den Vertreter Ost-Sachsen die Aufforderung von der erweiterten Zentrallausschuß-Sitzung gestellt worden, sich darüber zu erklären, ob er den Beschlüssen der Partei nachkommen will und ob er den Beschlüssen des Parteitags Folge leisten will. Darauf hat der Vertreter Ost-Sachsens eine verneinende Erklärung abgegeben. Wer sich den Beschlüssen des Parteitags und dem Programm usw. nicht fügen will, steht naturgemäß außerhalb der Partei, denn sonst könnte ebensogut auch ein S.P.D.-Mann Mitglied der Organisation sein. Ich glaube, daß damit wohl genügend diese Dinge geklärt sind. Ich will aber noch hinzufügen, daß die Frage der politischen Arbeiterräte damals deswegen in Angriff genommen wurde, weil die Situation so kritisch stand, daß jeden Moment ein revolutionärer Kampf ausbrechen konnte. Und ausgerechnet gerade diejenigen Vertreter, die im Munde führen, daß Revolution keine Parteisache ist, machen nun uns Vorwürfe, weil wir eine Parole herausgaben, um die revolutionäre Bewegung nicht zu einer Parteisache werden zu lassen! Wenn nämlich eine derartige Parole zu den revolutionären Kämpfen nicht herausgegeben wird, wenn in einer solchen Situation die Arbeiterschaft ihre Organe nicht innerhalb der Betriebe aufgestellt hat, dann muß unbedingt die revolutionäre Bewegung in den Rahmen des Parteischemas hineingeraten. Es wäre dann eine Bewegung irgendeiner bestimmten Parteirichtung gewesen und nicht die der Arbeiterschaft als Klasse. Ich verstehe nicht, daß man hier auf dem Parteitag noch jemanden eine Vorlesung darüber halten muß. (Sehr gut!) Ich hätte geglaubt, daß jemand auf Grund des Parteiprogramms und auf Grund seiner eigenen Stellungnahme, daß die Revolution keine Parteisache ist, zum mindesten diesen Beschluß des Geschäftsführenden Hauptausschusses als den seinigen angesehen hätte. (Sehr richtig!) Man sieht also, daß nicht das sachliche Argument oder eine bestimmte politische Richtung von den Genossen vertreten wird, sondern daß es eine haltlose politische Naivität sondergleichen darstellt, derartige Dinge hier in die Tagesordnung zu werfen. Weitere Aufklärungen will ich mir jetzt ersparen. Wir werden noch unter Punkt 8 einige Ausführungen machen, die höchstwahrscheinlich dazu angetan sein werden, auch den Klärungsprozeß innerhalb unserer Reihen zu fördern.

Stellvertretender Vorsitzender Genosse H e l l w i g :

Wir haben jetzt über den Antrag Mannsfeld abzustimmen, daß die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die nicht im Besitz von Mandaten sind, nur zu den Tagesordnungspunkten der Geschäftsführung das Wort erhal-

ten sollen.

Genosse M ü h l e :

Das ist ja eine Unmöglichkeit. Wenn wir über die Taktik der Partei, über die Internationale, über die Union, über die Räte und die Arbeitslosenfragen reden, so ist es ganz selbstverständlich, daß auch alle Mitglieder des Hauptausschusses und des erweiterten Zentralausschusses zu diesen Dingen reden müssen, um eben das zu verteidigen, was sie getan oder nicht getan haben.

Genosse O e l s c h l ä g e r :

Ich bin für den Antrag, soweit er besagt, daß die Vertreter des Hauptausschusses nur dann sprechen dürfen, wenn ihre Politik und ihre Geschäftsführung angegriffen wird.

Der Antrag wird gegen drei Stimmen abgelehnt.

Genosse S c h n e i d e r stellt in einer persönlichen Bemerkung fest, daß seine vorherigen Ausführungen über den Genossen Rühle auf Wahrheit beruhen.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Genosse H a r t :

Die Mandatsprüfungs-Kommission hat alle vorliegenden Mandate geprüft und festgestellt, daß 21 Vertreter der Wirtschaftsbezirke anwesend sind, und zwar Berlin mit 7 Delegierten, Eberswalde mit einem, Spandau-Osthavelland mit einem, Mitteldeutschland mit 2, Ost-Sachsen mit einem, Groß-Thüringen mit einem, Sachsen-Anhalt mit einem, West-Sachsen mit einem, Harz und Hohenstein mit einem, Niedersachsen mit 2, Nord mit 2, Ost- und Westpreußen mit einem, außerdem der Geschäftsführende Hauptausschuß und der Genosse Merges als Mitglied des engeren Hauptausschusses, dann zwei Vertreter der revolutionären Erwerbslosen, die Referenten, ein Vertreter der Allgemeinen Arbeiterunion, einige Vertreter der Jugend und zwei Genossen als Delegierte der Berliner Unterstützungs-Kommission. Es liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor, daß nur die Mandate gültig sein sollen, deren Inhaber in dem Wirtschaftsbezirk wohnen, von dem sie delegiert worden sind. Das war der Mandatsprüfungs-Kommission zu prüfen nicht möglich. Über diesen Antrag müßte Beschluß gefaßt werden. Die Mandatsprüfungs-Kommission kann daher etwas Positives über die Gültigkeit der vorliegenden Mandate noch nicht berichten.

Stellvertretender Vorsitzender Genosse H e l l w i g :

Ich halte es noch für angebracht, daß die Delegierten nicht nur den Mandatsauftrag, sondern auch ihre Mitgliedskarte als Ausweis mitzuführen haben, aus der sich das Notwendige ergibt, damit es nicht wieder eines schönen Tages heißt: ich bin ja garnicht Parteigenosse gewesen, Ihr könnt mich nicht ausschließen. Also das müßte die Mandatsprüfungs-Kommission noch nachholen, indem sie die Mitgliedskarten von den einzelnen Delegierten einfordert. (Zustimmung)

Vorsitzender Genosse R a s c h :

Wie Ihr wißt, haben wir eine allgemeine Einladung an die ausländischen Bruderparteien ergehen lassen. Es ging uns daraufhin vom Verband der proletarischen Jugend Deutsch-Österreichs folgendes Schreiben ein:

Dann ist noch ein Genosse aus Schweden angemeldet von den schwedischen Jungsozialisten, die mit uns sehr stark sympathisieren und Gegner eines Parlamentarismus sind. Holland ist auch angemeldet.

Genosse E r d m a n n :

Delegierte von dem Bezirk Rheinland und Westfalen und Pommern werden aller Wahrscheinlichkeit nach heute oder morgen noch eintreffen. Ferner haben sich angesagt schon der Genosse Schröder-Berlin und die holländischen Genossen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird wohl ein Vertreter vom Exekutiv-Komitee erscheinen. Wir haben einen Brief zugestellt bekommen, den wir wohl im Laufe des Tages hier erhalten werden, in dem der Genosse bittet, ihm den Tagungsort usw. mitzuteilen. Wir haben alle ausländischen Parteien eingeladen, soweit wir die Adressen hatten. Wir können feststellen, daß wir schon während dieser 10 Monate der Partei sehr viele Zustimmungserklärungen bekommen haben, unter anderem von der spanischen Partei, von den Jungsozialisten, von der dänischen Partei, von Bulgarien, Ungarn. Es liegt auch ein Brief von der Jugend Österreichs vor, in dem sie mit uns sympathisieren. Es würde zu weit führen, alle diese Briefe vorzulesen. Jedenfalls können wir sagen, daß der K.A.P.-Geist nicht bloß in Deutschland sich ausbreitet, sondern daß er überall das Fundament der aktiven revolutionären Bewegung bildet und unserer festen Meinung nach auch siegreich werden wird.

Vorsitzender Genosse R a s c h verliest hierauf das Schreiben von der kommunistischen Partei der Schweiz.

(Mittagspause von 1 bis 2 Uhr.)

Nachmittags-Sitzung, 2 Uhr

Politische Lage

Referent Genosse S c h w a b :

Genossen und Genossinnen! Wer über die politische Lage bei uns und in dieser Zeit sprechen will, müßte ein schlechter Marxist sein, wenn er nicht sein Thema ganz von selbst erweitern würde zu einem Referat über die wirtschaftliche und politische Lage, denn mehr als je sind heute beide Dinge miteinander verschmolzen, von einander abhängig; und mehr als je läßt sich die Politik nicht verstehen, wenn man nicht den wirtschaftlichen Untergrund gerade der heutigen politischen Lage und Kraftverhältnisse verstanden hat.

Ich knüpfe an die Frage an, die in der letzten Zeit hauptsächlich die politische Öffentlichkeit beschäftigt hat, nämlich an die Kriegsentschädigungsfrage, an die Frage, wie die Kosten des Krieges, die Verwüstungen des Krieges, wie alle die Kosten, die durch die Kriegsfolgen noch im Laufenden entstehen, nun verteilt werden sollen auf alle die Gruppen, die am Kriege teilgenommen haben. Die Einzelheiten dieser Debatte in der letzten Zeit, wie sie in der Öffentlichkeit dargelegt worden sind, geben natürlich noch lange nicht das richtige und entscheidende Bild. Ich will trotzdem mit diesen Einzelheiten beginnen, weil man von hier aus die gesamte Situation am besten aufrollen kann.

Man streitet sich also, d.h., die Geschäftsführer der verschiedenen Bourgeoisien, die aus dem Kriege hervorgegangen sind, streiten sich darum, wer den Schaden tragen soll und in welcher Form. Es konzentriert sich alles, zunächst einmal äußerlich betrachtet, auf die deutsche Bourgeoisie. Sie soll bezahlen, sie soll für die Entschädigungen, für die Wiederherstellung sorgen. Und so hat man versucht, einen Betrag festzustellen, der der Gesamtbetrag der Schuld sein soll, die die deutsche Bourgeoisie bezahlen, d.h. also, irgendwoher nehmen soll. Die deutsche Bourgeoisie ihrerseits hat in einem früheren Zeitpunkte der Verhandlungen angeboten, 100 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Jetzt ist festgestellt, daß sie 226 Milliarden Goldmark bezahlen soll. Dann streitet man sich weiterhin darum, in welcher zeitlichen Einteilung auf Jahre hinaus diese Beträge gezahlt werden sollen und in welcher Form, denn so viel ist sicher, daß solche Beträge, wie sie da in Frage kommen, nicht in Bargeld gezahlt werden können. So viel Bargeld, also so viel Gold, wie die deutsche Bourgeoisie

bezahlen soll, wird garnicht jährlich gefördert; und die Produkte unserer mit Hochbetrieb arbeitenden Reichsdruckerei können ja natürlich eine Bezahlung in Wirklichkeit nicht darstellen, denn diese Papierzettel haben ihre Gültigkeit auch nur unter einem gewissen sehr starken staatlichen Zwang und Druck in Deutschland noch eine gewisse Gültigkeit, eine sehr beschränkte Gültigkeit. Aber international haben sie nur noch einen sehr geringen Wert. Und wenn etwa die deutsche Reichsdruckerei entsprechende Beträge, wie die Entente sie verlangt, nun in Papier drucken lassen würde, so wäre dieses Papier schon garnichts mehr wert. Die Frage ist also, wieviel soll von diesen Beträgen gezahlt werden in Gold, wieviel in Fertigfabrikaten, wieviel in Rohstoffen?

Dann streiten sich selbst die Bourgeoisien der Entente, des westlichen Kapitals noch untereinander darüber, wieviel jede von ihnen bekommt, in welcher Reihenfolge, welche die ersten Zahlungen garantiert bekommt und wer warten muß usw.

Diese ganze Diskussion erregt nach außen hin bekanntlich den Schein eines ernsthaften, mit politischen Momenten durchsetzten Wirtschaftskampfes zwischen diesen verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie. Und gewiß muß man zugeben, daß natürlich zwischen diesen Gruppen gekämpft wird, d.h., so gekämpft wird, wie wenn in der Privatindustrie eine Reihe von Direktoren großer Gesellschaften sich an einen Tisch setzen und nun einmal feststellen wollen, ob und wie sie ihr Geschäft künftig gemeinsam machen werden. Dann wird natürlich auch um die Beteiligungsziffern gekämpft, mit denen man von vornherein in den Vertrag hineingeht; und jeder sucht dabei, möglichst billig wegzukommen. Aber es bleibt bei allen diesen Auseinandersetzungen der selbstverständliche Wille der Direktoren dieser Gesellschaft, und es bleibt auch der selbstverständliche Wille der Geschäftsführer der großen Kapitalgruppen doch, doch natürlich letzten Endes einig zu werden und das gesamte Geschäft, das sich machen läßt, eben nach irgendeinem Maßstab, der festgestellt werden soll, untereinander aufzuteilen. Und diese ganze Entschädigungsfrage, diese ganze Kriegsentschädigung oder Wiederherstellung oder Reparation oder wie man das nennen mag, ist ja nichts anderes als ein großes, bisher getrennt laufendes, nun künftig auf gemeinsamer Rechnung zu übertragendes Geschäft der englischen, französischen, italienischen, deutschen usw. Bourgeoisie. Und das jetzige Stadium ist das Stadium der Vorberatungen über die Einzelheiten des Vertrags, wie man sich nämlich künftig in das Geschäft teilen wird. Es ist das normale und typische Bourgeoisie- und Kapitalgeschäft, nämlich die Ausschlichtung ir-

gendwelcher Notlage, irgendwelcher Schwierigkeiten dadurch, daß aus den werktätigen Massen, aus den proletarischen Massen heraus neue Werte herausgeschunden und herausgeholt werden sollen. Dabei haben natürlich die verhandelnden Direktoren der Großfirmen Englands, Frankreichs, Deutschlands, in gewissem Abstand Italien und Japan, ihre Schwierigkeiten, zurechtzukommen. Diese Schwierigkeiten kann man an zwei entscheidenden Punkten, glaube ich, konzentrieren, nämlich einmal daran, daß die französische Bourgeoisie es sehr eilig haben muß, weil sie in einer ungeheuer bedrängten und schwierigen Lage ist, daß auf der anderen Seite die deutsche Bourgeoisie zwar den besten Willen hat trotz aller Protestbeteuerungen, das Geschäft zustande zu bringen, die Gemeinsamkeit der Interessen zu wahren, aber so rasch, wie die französische Bourgeoisie es nötig hätte, nicht mit ihren Zahlungen nachkommen kann, die sie in Aussicht stellen soll. Denn die französische Bourgeoisie steht sehr nahe vor einem ökonomischen und staatspolitischen und staatsfinanziellen Zusammenbruch. Sie muß als ein typischer bürgerlicher Staat eine ganze Menge von Geldern bezahlen, um ihren Staatsapparat aufrechtzuerhalten. Auch das ist ja allen diesen Staaten gemeinsam, daß sie einen Apparat, eine Institution darstellen, getrennt von der Masse des Volkes, eine Institution, die geschaffen ist, um die Interessen der Bourgeoisie, die Interessen ihrer bestehenden Kapitalsgewalt zu schützen vor allen Unbotmäßigkeiten, die das ausgebeutete Volk bereiten könnte, und daß dieser Staatsapparat natürlich noch ausgefüllt werden muß von irgendwelchen Menschen, die großen Kapitalisten selbst stecken ja nicht in dem Staatsapparat, sie sind ja nicht selbst die Beamten, sondern sie bleiben hinter dem Apparat stehen und dirigieren ihn, ziehen ihn an ihren Fäden von ihrem Aufenthalt hinter den Kulissen auf. In dem Staatsapparat selbst aber müssen natürlich irgendwelche Menschen tätig sein, die Beamten, das ganze Heer der Verwaltungsbeamten, Justizbeamten, Armeen, Polizei, Unterrichtsbeamte usw. Dieses ganze Heer von Beamten ist nun durch die Folgen des imperialistischen Krieges in allen Staaten noch ungeheurer angeschwollen, weil überall die individualistische Art des Kapitals, zu wirtschaften, irgendwie zusammengezwungen werden muß unter einen staatlichen Apparat, um den Krieg überstehen zu können, sodaß überall eine ungeheure Zunahme der Verwaltungsbürokratie entstanden ist. Ferner sind überall noch zu bezahlen die Pensionen, die Renten, die ja, auf den einzelnen, die einzelne Witwe oder auf den einzelnen Kriegsbeschädigten berechnet, Bettelpfennige sind, die aber in dieser Anhäufung zu Millionen doch den Staatsapparat natürlich schwer belasten.

Und so müssen alle diese Staaten und mit in der schwersten Weise der französische Staat dafür sorgen, daß dieser ungeheuer angeschwollene Staatsapparat doch irgendwie auch materiell weiter erhalten wird, denn es genügt ja nicht, daß diese Menschen in den alten Illusionen weiterleben, daß sie dem Staat dienen müssen, und daß jeder Staatsbürger Pflichten gegen den Staat hat usw., sondern sie müssen ja auch irgendwie existieren können. Und so steht die französische Bourgeoisie vor der schweren Aufgabe, aus einer sehr stark mitgenommenen, in ihrer Produktionskraft sehr herabgesetzten Volkswirtschaft ungeheure Beträge aufzubringen, um diesen Staatsapparat weiter zu halten. Sie steht ferner vor der schweren Aufgabe, sich irgendwie frei zu machen von dem Druck, den ihre Verschuldung der englischen Bourgeoisie gegenüber ausübt. Das Verhältnis zwischen der französischen Bourgeoisie, wenn sie überhaupt halbwegs selbständig bleiben will, wenn sie sich nicht irgendwie die gesamten Wirtschaftsmaßnahmen vom englischen Kapital und zugunsten des englischen Kapitals diktieren lassen will, daß sie dann ihre gesamten Kräfte auf das äußerste regnen muß und bei jedem Schritt ihrer Politik auf das sorgfältigste darauf achten muß, ob dieser Schritt, den sie jetzt zu tun vor hat, nicht irgendwie geeignet ist, sie von den englischen Fesseln loszumachen. Daher war ja auch der Sturz des letzten französischen Kabinetts, des Ministeriums Leygues nicht etwa nur hervorgerufen durch irgendwelche Nachgiebigkeit dieses Ministeriums gegenüber der deutschen Bourgeoisie, die bezahlen soll, sondern er war mindestens ebenso stark hervorgerufen durch die ungenügende Kraft der Vertretung der französischen Interessen gegenüber dem englischen Kapital, die man dem Ministerium Leygues vorwarf. Dieser ganze Komplex von Fragen muß von Frankreich, wie gesagt, sehr rasch gelöst werden, so rasch, daß Frankreich auf die Zahlung selbst schon garnicht mehr warten kann, sondern bezeichnender Weise bei den Pariser Verhandlungen das Hauptgewicht darauf legen mußte, daß man doch irgendetwas erfinden muß, irgendeine Vertragsform, irgendeine Verpflichtungsform, irgendwelche Papiere, die ausgetauscht werden, auf die hin dann Frankreich überhaupt erst einmal etwas gepumpt bekommt, auf die hin es einen Vorschub bekommt für die Zahlungen, die ja die deutsche Bourgeoisie doch erst später, doch allmählich erst im Laufe der Zeit leisten kann. Das ist der eine Kernpunkt dieser Lage.

Der andere ist der, daß die deutsche Bourgeoisie so rasch nicht mitkommen kann, so rasch nicht mit ihren Zahlungen nachkommen kann, wie die französische es für die Erhaltung ihrer Existenz eigentlich haben müßte. Ein sehr genauer Kenner unserer gegenwärtigen deutschen kapitalistischen

Wirtschaft, Walther Rathenau, ein Mann, dem alle Informationen seit seiner Jugend aus erster Quelle zur Verfügung standen, hat in den letzten Tagen ausgerechnet, daß die Zahlungen, die die Pariser Abmachungen von Deutschland verlangen, garnichts anderes bedeuten können, als den 14-Studentag für Deutschland, daß sie nicht anders aufzubringen sind, als wenn die deutsche Arbeitszeit im großen ganzen von 8 um weitere 6 auf 14 Stunden erhöht wird. Er hat das belegt im Berliner Tagesblatt. Wir haben noch einen Teil davon in der K.A.Z. abgedruckt. Er hat es belegt mit Zahlen, gegen die man, ich glaube, garnichts einwenden kann. Rathenau hat es natürlich nicht gemacht, um uns Argumente in die Hand zu liefern. Er hat das aus ganz anderen Gründen gemacht, die ich hier nicht zu streifen brauche. Aber richtig bleibt seine Berechnung trotzdem.

Nun hat gewiß die deutsche Bourgeoisie nichts dagegen, für das Proletariat einen 14-stündigen Arbeitstag einzurichten. Warum nicht! Aber sie weiß natürlich, daß sie nur im Laufe der Zeit dazu gelangen kann, daß man ihr eine ganze zeitlang frei Hand lassen muß zu den vorbereitenden Maßnahmen, die über Mittagspausen von einer halben Stunde, über Schichtverlegungen, über andere Maßregeln hinweg dann endlich allmählich zu diesem Resultat erst führen können. Die deutsche Bourgeoisie weiß, daß, so sehr auch das deutsche Proletariat in seiner Masse heute noch langsam, politisch unbegabt und von den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien geblendet und eingefangen ist, es trotzdem eine starke Verlängerung der Arbeitszeit, ich will nur sagen, auf 11 oder 12 Stunden erkennen würde als ein Zeichen seiner wirklichen Lage, daß ein solches Vorgehen dann plötzlich den ganzen Schleier von Betrug, der um die Augen des deutschen Proletariats gewoben ist, zerreißen müßte, daß an dem einen Zeichen die deutschen Arbeiter sehen würden, wo sie stehen, und daß sie dann Widerstand leisten müssen. Das weiß die deutsche Bourgeoisie, und so sucht sie, aus dieser Stellung zwischen Baum und Borke natürlich irgendwie herauszukommen. Zu diesem Zweck macht sie diesen gesamten Entrüstungsrummel, den wir erlebt haben. Das sind ja alles kleine Mätzchen, über die wir uns garnicht weiter aufzuhalten brauchen. Ich werde nachher im anderen Zusammenhang noch einmal darauf zurückkommen.

Nun, um aus dieser Klemme herauszukommen, bemüht man sich also mit vereinten Kräften, zu einer Formel für die Entschädigungsfrage zu gelangen. Wenn ich sage: mit vereinten Kräften, so denke ich dabei natürlich nicht nur an die offiziellen Verhandlungen, die wir alle in der Presse haben verfolgen können - diese offiziellen Verhandlungen sind ja immer, wie al-

le offiziellen Verhandlungen im bürgerlichen Staat, doch nur eine Kulisse, doch nur ein mehr oder weniger ernst zu nehmendes und meist eben nicht sehr ernst zu nehmendes Theater, das aufgeführt wird, während auch hier ebenso wie im Parlament und wie überall sonst im bürgerlichen Staat die entscheidenden Dinge hinter diesen Kulissen vor sich gehen. Man kann sich von vornherein denken, es ist aber auch durch ganz bestimmte Tatsachen und Nachrichten belegt, daß die entscheidenden Verhandlungen über die Entschädigungsfrage tatsächlich stattfinden zwischen den Leuten, die wirklich über den Wirtschaftskörper verfügen auf beiden Seiten. Das sind ja praktisch garnicht die Ministerien. Die Ministerien können ja garnicht über den Wirtschaftskörper verfügen. Sie können wohl bis zu einer gewissen Grenze durch Steuern das und jenes im Laufe der Zeit herausholen. Aber das ist ein Weg, der durch die Verlotterung der ganzen Finanzen während des Krieges in allen Staaten mehr oder weniger schwer oder beinahe ungangbar geworden ist, während die wirklich Verfügungsberechtigten und Verfügungskräftigen ja auf beiden Seiten die Rohstoffbesitzer, das Großfinanzkapital und die Großindustriellen sind. Und so ist die wichtigste Nachricht neben den offiziellen in der letzten Zeit die gewesen, daß Stinnes sich in Paris aufgehalten hat. Was er da gemacht hat, mit welchen Vorschlägen er hingefahren ist, mit wem er gesprochen hat, mit welchem Resultat er, wenn überhaupt schon, zurückgekommen ist - darüber hat man natürlich nichts gelesen, denn die entscheidenden Dinge gehen eben nicht durch die bürgerliche Presse. Aber er ist da gewesen, und das genügt, um nun auch bewiesen zu haben, daß man von vornherein annehmen mußte, daß private Verhandlungen über die Entschädigungsfrage zwischen den großen Wirtschaftsmächten Deutschlands und der Entente stattgefunden haben.

Dabei darf ich ein paar Worte über Stinnes sagen. Daß gerade Stinnes es ist, der nach Paris gefahren ist, beruht natürlich nicht darauf, daß er als der berühmte Mann des deutschen Großkapitals, als der modernste sozusagen, als der Mann, der eben Mode ist, hinfahren mußte, sondern es beruht tatsächlich darauf, daß er die ausschlaggebende Stelle in der heutigen deutschen Gesamtwirtschaft innehat. Und das ist so gekommen: diese ausschlaggebende Stellung war früher in den Händen des Großfinanzkapitals, in den Händen der Großbanken, in erster Linie in den Händen der Deutschen Bank und der anderen D-Banken, die mit ihr zusammenarbeiten. Diese deutschen Banken haben während des Krieges ihr Geschäft sehr reichlich wahrgenommen. Sie haben den Krieg finanziert, vor allen Dingen die Kriegswirtschaft und haben dabei unendliche Geschäfte gemacht. Aber sie

haben sich davon allzu sehr in Anspruch nehmen lassen und haben darüber die Gestaltung der zukünftigen Dinge etwas zu sehr außer Acht gelassen. Und so ist es gekommen, daß heute nicht mehr die Großbanken die entscheidende Macht auf dem deutschen Wirtschaftsgebiet in der Hand haben. Ich will damit nicht sagen, daß sie nichts mehr zu sagen hätten. Sie haben noch sehr viel mitzureden. Aber sie haben nicht mehr den ausschlaggebenden Punkt in der Hand. Sie haben nämlich übersehen, daß die Zerstörung des Krieges notwendigerweise die Zerstörungen an Material, an fabrizierten, in der Kriegswirtschaft aufgenommenen Rohstoffen, unbedingt dazu führen mußte, daß mit Kriegsabschluß eine ungeheure Knappheit an Rohstoffen in der ganzen Welt vorhanden sein mußte. Sie haben übersehen, daß diese Tatsache zu einer ausschlaggebenden und überragender Machtstellung des Rohstoffbesitzers nach dem Kriege führen mußte. Dies hat Stinnes zur rechten Zeit gesehen und hat zur rechten Zeit, anstatt sich allzusehr mit der Finanzierung der Betriebswirtschaft zu beschäftigen, seine Rohstoffgrundlagen, seinen Rohstoffbesitz ausgedehnt, und zwar nicht nur dadurch, daß er neue Rohstoff-Felder, neue Kohlenfelder usw. an sich riß, sondern dadurch, daß er für diese Rohstoffe auch gleich die Absatzgebiete, die Absatzindustrie angliederte, sodaß er einen Gesamtwirtschaftskörper in die Hand bekam, innerhalb dessen alle Reibungen, wie sie sonst zwischen Rohstoffverkäufen und Rohstoffkäufen üblich sind, wegfallen mußten. Er hat nahezu alle Reibungen, die sonst das Wesen der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft ausmachen, für den ganzen großen Körper, der in seiner Hand ist, ausgeschaltet. Und während so mit Naturnotwendigkeit das wirtschaftliche Schwergewicht durch den Krieg selbst ohnehin schon auf die knapp werdenden Rohstoffe gerückt wurde, wurde diese Tatsache noch weiterhin verstärkt, multipliziert dadurch, daß die gesamte Bevölkerung, man kann beinahe sagen, der ganzen Erde ihre Kaufkraft verloren hat, in ihrer Kaufkraft wenigstens abgenommen hat. Dadurch ist die Machtstellung des reinen Industriekapitals, des industriell fabrizierenden, herstellenden Kapitals heute sehr stark eingeschränkt. Die besten und sichersten Geschäfte macht heute der, der den Rohstoff in der Hand hat und der zugleich die Handelsorganisation in der Hand hat. Rohstoff und Handelsorganisation sind vereinigt in der Hand von Stinnes, der ja ursprünglich überhaupt garnicht Fabrikant, sondern Händler gewesen ist und seiner ganzen Art nach noch heute Händler, Kaufmann geblieben ist. Diese Gewichtsverschiebungen nun bringen es natürlich mit sich, daß die französische und englische Bourgeoisie im Grunde genau weiß, daß sie die Beträge, die sie

braucht, nicht aus der deutschen Finanz-Bürokratie herausziehen kann - aus der nur zu einem geringen Teil-, sondern daß sie in Wirklichkeit sich nur retten kann durch ein gemeinsames Geschäft mit Stinnes und ihm ähnlichen Gruppen, denn es gibt noch eine Reihe von kleineren Gruppen, die ebenso gearbeitet haben wie Stinnes.

Und so kommt es, daß die entscheidenden Verhandlungen fraglos jetzt in Paris geführt worden sind und auch weiter auf ähnlichem schlechten Wege geführt werden. Ein Stück davon können Sie aus der Rede des deutschen Ausenministers, des berühmten Herrn Dr. Simons, erraten, dem der Sprung vom Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Außenminister der deutschen Revolution mit demokratischen Allüren und Mätzchen gelungen ist. Herr Dr. Simons hat in Stuttgart eine schöne Rede gehalten, in der er erklärt hat, das ganze Problem ließe sich überhaupt nur regeln, wenn die Grundlage der Abmachungen verbreitert würde, sowohl nach Westen hin wie nach Osten hin, wern nämlich im Westen Amerika irgendwie in die Regelung hineingezogen wird und man im Osten zu einer Gemeinsamkeit der Auffassungen über die Ostpolitik, d.h. also über die Politik Rußland gegenüber gelangt; nur dann könnte man überhaupt über diese ganzen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Damit sind wir an einen sehr wesentlichen Faktor der gegenwärtigen Lage erinnert, das ist Amerika. Die amerikanische kapitalistische Wirtschaft steht gleichfalls heute vor einer ungeheuren Krise. Die amerikanische Arbeitslosigkeit wächst ständig. Das amerikanische Kapital ist im breitesten Maße dazu übergegangen, ebenso wie das deutsche, durch eine Art von technischer Nothilfe, durch Werkpolizei, durch das Hineinsetzen von Bewaffneten und von Spitzeln in die Industrie, durch Bewaffnung bürgerlicher weißer Garden die Arbeiterschaft niederzuwerfen. Es ist alles richtig. Trotzdem muß natürlich gesagt werden, daß das amerikanische Kapital heute wohl noch der verhältnismäßig gesundeste, sagen wir, der am wenigsten angekränkelte Körper unter den kapitalistischen Körpern der Welt ist, weil das amerikanische Kapital noch sehr starke Ausdehnungsmöglichkeiten hat, denn das Kapital kann nur leben, wenn es sich ausdehnen kann, wenn es ständig neue Gebiete, ständig neue Konsumenten hat, ständig neue Rohstoffgebiete in seine Machtsphäre hineinziehen kann. Diese Möglichkeit hat das amerikanische Kapital noch in ziemlich erheblichem Maße, namentlich in der Richtung nach Süden, nach Südamerika hin. Und so ist das amerikanische Kapital in der Lage, sich an den europäischen Schwierigkeiten nun entweder zu beteiligen oder auch nicht zu beteiligen, d.h., sich zu

beteiligen dann wenn ihm vorteilhafte Bedingungen geboten werden. Die deutsche Bourgeoisie hatte bereits angefangen, derartige vorteilhafte Bedingungen zu bieten. Es ist bereits sehr erhebliches in die deutsche Wirtschaft hineingezogen worden; und es schwebten noch Verhandlungen über eine sehr starke Ausdehnung dieser Beziehungen. Es haben sich amerikanische Industriegesellschaften usw. seit dem Friedensschluß hier in Deutschland niedergelassen und haben sich mit deutschen Kapitalisten zusammengesetzt, um Deutschland nicht allein zu einer englischen Kolonie, sondern mindestens ebenso sehr auch zu einer amerikanischen Kolonie werden zu lassen, um die billigen deutschen Arbeitskräfte hier auszunutzen und dadurch die Konkurrenz der deutschen Arbeitskräfte auszuspielen gegen die amerikanischen Arbeitskräfte, dadurch die Arme frei zu bekommen, den Atem frei zu bekommen zu einem Angriff und zu einem verstärkten Angriff auf das amerikanische Proletariat, dessen Lohnhöhe dem amerikanischen Kapital sehr unbequem ist. Diese ganzen Anfänge einer kapitalistischen deutsch-amerikanischen Freundschaft zum Zwecke der Ausbeutung des deutschen Proletariats und der deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten haben einen sehr starken Stoß zweifellos durch die Pariser Abmachungen zwischen England, Italien, Frankreich und Japan bekommen, denn diese Abmachungen haben vorgesehen, daß weder das Deutsche Reich noch irgendeine einzelstaatliche Behörde, noch irgendein Unternehmen, das unter Aufsicht des Reiches oder der Staaten oder der Gemeinden steht, Anleihen in Amerika machen dürfte, ohne die besondere Genehmigung der betreffenden von der Entente einzusetzenden Stellen. Das war ein Sichdazwischenschieben zwischen dieses deutsch-amerikanische Geschäft. Auch dieses Geschäft sollte über englische Rechnung laufen. Es gibt noch eine Reihe von Bestimmungen in diesen Pariser Beschlüssen, die zum Teil wenigstens darauf berechnet sind, das direkte deutsch-amerikanische Geschäft zu verhindern und es über englische Rechnung, über Londoner Rechnung zu leiten, sodaß den Hauptprofit zunächst London macht, und daß dann Amerika und die deutsche Bourgeoisie sehen können, wieviel sie davon noch abbekommen. Simons, der deutsche Außenminister, appelliert demgegenüber offensichtlich in seiner Rede in Stuttgart an Amerika und gibt dem amerikanischen Kapital zu verstehen: laßt Euch doch das Geschäft nicht entgehen, laßt Euch doch nicht gefallen, daß die Engländer dazwischen kommen und für sich die Provisionen einstreichen wollen. Er sagt aber weiterhin, auch die Basis nach Osten muß ausgedehnt werden, wenn man überhaupt über das ganze Problem hinwegkommen will. Damit hat Herr Simons natürlich vollkommen recht, denn ich sagte schon einmal - und hier ist der entschei-

dende Punkt, um es noch einmal zu sagen-, das Kapital kann nur leben, solange es sich ausdehnen kann; es muß stets neue Konsumentenschichten in seine Kreise hineinziehen, weil es ja darauf angewiesen ist, die alten Konsumentenschichten, d.h. die Arbeitermassen, die es schon in der Gewalt hat, innerhalb seines alten Gebiets immer mehr zu verelenden, sodaß diese Konsumentenschichten das dann nicht mehr kaufen können, was sie herstellen. Es muß also das, was hergestellt wird, irgendwie anders weiterhin verkauft werden. Das sind die einfachen Notwendigkeiten des Imperialismus, des kolonialisatorischen Imperialismus des Kapitals, wie es so unübertrefflich Rosa Luxemburg in ihrem Buch über die Akkumulation des Kapitals geschrieben hat.

Nun liegen die Dinge heute so, daß das einzige Gebiet, das noch offen liegt in großem Maßstabe, in dem sowohl im großen Maßstabe Rohstoffe geholt werden können, wie auch im großen Maßstabe neue Konsumentenschichten herangeholt werden können, die die Waren zunächst einmal abnehmen, um dann selbst weiter in diesen kapitalistischen Geist hineinzukommen - das einzige Gebiet, das dafür offen steht heute, ist der gesamte Osten, ich sage ausdrücklich: der gesamte Osten, beginnend an der russischen Grenze und sich erstreckend ja nun bis China hinein. Dort von Osten her, von Amerika, Japan her wird dieses asiatische Gebiet natürlich gleichfalls kapitalistisch angebohrt und berannt. Aber von hier, von Deutschland aus gesehen, ist also der nächste Teil dieses Gebietes, natürlich Rußland. Daß es der russischen Revolution gelungen ist, ein ungeheures Landgebiet, ungeheure Rohstoffe und große Menschenmassen, Arbeitermassen, Konsumentenmassen herauszureißen aus dem gesamten Zusammenhang der kapitalistischen Weltwirtschaft, der kapitalistischen Weltwirtschaft dieses Glied ihres Gesamtsystems hinwegzuoperieren, das hat dem Weltkapitalismus die entscheidende Wunde geschlagen, an der es krankt. Und so muß das Weltkapital immer wieder von neuem seine Blicke nach Osten hin richten und immer wieder von neuem nach Mitteln suchen, wie es in dieses Gebiet wieder hineingelangen kann. Dazu sind alle Mittel recht, wie wir wissen. Wie wir wissen, versucht man es immer wechselnd, je nach den Jahreszeiten, je nach der Saison, möchte man beinahe sagen, mit kriegerischen oder mit sogenannten friedlichen, d.h. kapitalistischen, kolonisierenden Mitteln. Gegenwärtig ist nun gerade das Letzte die Mode. Seitdem der letzte polnische Angriff auf Sowjetrußland erledigt ist, seitdem die Friedensverhandlungen schweben, die anscheinend noch immer nicht abgeschlossen sind, auch wohl nicht so bald abgeschlossen werden - seitdem hat nun die Bourgeoisie wieder ein-

mal auf dem anderen Weg angefangen, nämlich zu versuchen, ob nicht durch Handelsverträge irgendwelcher Art, durch die Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland doch so viel an kapitalistischer Methode, an kapitalistischem Geist, an kapitalistischer Zellenbildung in Sowjetrußland hineingetragen werden kann, daß das allmählich stark genug wird, dieses kapitalistische Gift, um Sowjetrußland dann von innen heraus zu unterhöhlen und in die Luft zu sprengen. Dabei weiß das Kapital der siegreichen Staaten natürlich gut, daß es für diese Art friedlicher Eroberung des russischen Marktes wie man in der Kolonisationssprache zu sagen pflegt, die deutsche Unterstützung braucht, und zwar aus mindestens zweierlei Gründen, nämlich einmal deshalb, weil die Fabrikate, die nach Rußland geliefert werden könnten, ja in Deutschland vorläufig noch sehr viel billiger herzustellen sind als in England, Frankreich oder sonst irgendwo, denn die deutschen Löhne sind die gedrücktesten. Die deutschen Löhne sind die billigsten. Der deutsche Arbeiter ist heute der Lohndrucker des gesamten Weltproletariats. Also selbstverständlich ist die Weltbourgeoisie ganz grundsätzlich bereit, ihre Rohstoffe hierher zu schicken, sie hier verarbeiten zu lassen für englische oder sonst welche Rechnung, und die Fabrikate von hier aus nach Rußland zu importieren. Da hat man billige Fabrikate, man kann auf diejenigen, die die Fabrikation, die die Industrie betreiben, noch drücken durch Staatsverträge, daß möglichst viel von dem, was daran verdient wird, nun wieder noch auf dem Wege der Steuern und der Abgaben wieder herausgeholt wird, sodaß also hier gewissermaßen umsonst gearbeitet würde.

Und man braucht zweitens doch wohl die deutsche Mithilfe zu dieser friedlichen Eroberung Rußlands, weil ja die Gegenleistung, die man aus dem russischen Wirtschaftskörper herauszuschlagen hofft, herauszuschlagen will für die dorthin geschickten Lieferungen, weil sie bestehen soll in der Ausbeutung sogenannter Konzessionen. Ich darf hier eben ein Wort über diese letzte Wendung der russischen Wirtschaftspolitik einfügen.

Unter dem Wort "Konzession" ist hier zunächst einmal nicht ohne weiteres das zu verstehen, was wir in der politischen Sprache eine Konzession nennen, d.h. ein Nachgeben in irgendeinem Punkt, sondern "Konzession" bedeutet hier folgendes, daß ein bestimmt abgegrenztes Gebiet, ein bestimmtes Territorium, ein Wald oder eine Kohlengrube oder ein Kaligebiet oder ein großer See, in dem man Fische fangen kann, oder irgend so etwas Derartiges in genaue Grenzen auf dem Papier eingeschlossen wird, daß man genau festlegt, wie groß dieses Gebiet sein soll, wie es abgegrenzt sein soll,

und daß man dann dem betreffenden Kapitalisten sagt: hier in diesem Gebiet kannst Du das und das Gewerbe betreiben, beispielsweise hier ist ein Wald; hier kannst Du eine Papierfabrik aufmachen, Sägemühlen aufmachen usw. Oder hier ist eine Kaligrube, die kannst Du ausbeuten bis zu den und den Grenzen, die wir Dir setzen, und auf diesem Gebiete kannst Du nach Deinen kapitalistischen Betriebsmethoden verfahren, die du hier in Westeuropa erprobt hast; das kannst Du zu einem kapitalistischen Betriebe einrichten, der eine Art von Insel innerhalb unserer werdenden russischen Wirtschaft darstellt. Diese Konzessionen sind das einzige, womit heute Rußland die nötigen Einfuhren im kleineren Maßstab, die es braucht, bezahlen kann. Es hat bisher Einfuhren im kleineren Maßstabe mit Gold bezahlt. Natürlich geht das bis zu einem gewissen Grade, bis zu einer gewissen Grenze, aber dann geht es natürlich nicht mehr, weil so viel Gold nicht da ist, Wirtschaftsbeziehungen, Handelsverkehr in ganz großem Umfange, in einem Umfange, der die nötigen landwirtschaftlichen Maschinen z.B., die nötigen Einrichtungsmaschinen für Kohlengruben z.B. nach Rußland liefern, könnten nur aufgebaut werden auf dem Boden, daß die Kapitalisten Westeuropas an sich den Gegenwert eben nicht in Gold, sondern aus solchen Konzessionsgebieten, aus solchen innerhalb Rußlands kapitalistisch betriebenen Gebieten herausholen in Form von Holz, in Form von Holzschliffen, von Papier, von Fischen, von Platin, von irgendwelchen Erzen usw. Rußland hat sich zu dieser Konzession, die nun allerdings politisch eine Konzession ist, zu dieser Form der Handelspolitik gezwungen gesehen. Wir wollen es ruhig aussprechen, es hat sich dazu gezwungen gesehen, weil das deutsche Proletariat nicht so aktiv, nicht so voll intensiv, nicht so voll revolutionärer Klarheit gewesen ist, wie es nötig gewesen wäre, weil das deutsche Proletariat, das doch wohl das nächste dazu gewesen wäre, durch seine Langsamkeit, durch sein sich gern und willig Belügen lassen mit Illusionen den Fortschritt der Weltrevolution aufgehalten hat. Und um überhaupt als Sowjetmacht, als werdende kommunistische Macht weiterleben zu können, mußte Rußland zu dem Vorschlag einer derartigen Wirtschaftspolitik sich verstehen.

Daran denkt der Herr Simons wenn er sagt: die Basis des Abkommens Deutschlands mit dem Westen müßte auch nach Osten hin verbreitert werden, d.h., er sagt: wir sind gern bereit, mit Euch zusammen den Osten kapitalistisch auszubeuten und unsere Arbeitskräfte dafür einzuspannen, aber natürlich müssen wir dabei auch etwas verdienen; und wir wissen ganz gut, daß Ihr uns dazu braucht. Also wird diese gemeinsame Arbeit zur Ausbeu-

tung Rußlands das eigentliche Feld sein, auf dem die Deutschen und die westliche Bourgeoisie sich finden werden. Dabei ist noch lange nicht gesagt, daß diese Politik nach Osten hin nun unbedingt eine solche Politik des friedlichen Handelsaustausches bleiben muß. Im Gegenteil! Man muß sich klar darüber sein, daß das Kapital auch und gerade erst recht am Kriege verdient, und daß die Ausdehnung des Kapitals von jeher nicht nur eine friedliche, sondern auch eine kriegerische gewesen ist. Für das westeuropäische Kapital - und wenn nun das deutsche sich ihm freundlichst anschließen darf - gibt es kaum noch eine andere Richtung, um sich im großen Maßstabe auch kriegerisch auszudehnen, um im großen Maßstabe auch die Profite des Krieges einzuheimsen als eben wiederum Rußland. Und so ist die deutsche Bourgeoisie bereit, auf dieser Grundlage sich mit der westlichen auf Frieden und Krieg zusammenzufinden, wie es trifft, wie es gerade nötig ist, wobei gerade das beste Geschäft herauskommt.

Das Entente-Kapital seinerseits wird nach meiner Überzeugung auch garnicht bei den friedlichen Ausbeutungsmitteln stehen bleiben wollen, denn es wird sich klar darüber sein, daß in einem solchen friedlichen Kampf - man sagt immer "friedlich", weil es nicht der offene Krieg ist; Ihr versteht mich recht - in einem solchen "friedlichen" Kampfe es immer zweifelhaft ist, wer im Vorteil bleibt. Es ist ja fraglich, ob die Politik des Unterhöhlens, des Aushöhlens von Innen her gegenüber Rußland wirklich gelingen wird auf dem Wege der Konzessionen. Und es ist doch sehr fraglich, ob nicht die Verelendung des westeuropäischen Proletariats viel früher zu neuen revolutionären Krisen in Westeuropa treiben muß, bevor es dem Kapital gelungen ist, auf diesem Wege von innen und unten her Rußland erheblich zu schwächen. Aus dieser ganz einfachen Überlegung heraus, daß der Krieg vielleicht ein sichereres, jedenfalls ein nicht weniger profitables Mittel ist, sind zweifellos wenigstens große Teile des Entente-Kapitals der Meinung, daß die Politik der friedlichen Handelsbeziehungen nur als eine vorübergehende Episode zu betrachten wäre, und es wird auch bereits in einer Reihe von Gegenden und Staaten zu neuen Kriegsabenteuern nach Osten hin gerüstet.

Dazu gehört natürlich in erster Linie wiederum Polen. Die polnische Bourgeoisie ist in einer ganz verzweifelten Lage. Die polnische Mark ist nächst der österreichischen Mark, wie ich glaube, das schlechteste Geld, das es gegenwärtig gibt. Und irgendwelche produktive wirtschaftliche Aufbauarbeit hat das Kapital in Polen bisher garnicht leisten können. Es ist nach Polen ausländisches Kapital hineingetragen worden. Man hat Fabriken

gebaut, man hat dies und jenes angefangen. Aber was für Fabriken hat man gebaut? Man hat hauptsächlich Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterial gebaut, d.h. also wiederum zur Herstellung von Vernichtungswerkzeugen, weil sich das ja für das Kapital... (an dieser Stelle ist eine Zeile des Manuskriptes nicht lesbar, d. Hrsg.) gegen die Vormacht des Proletariats in die Wege leiten will.

Von Polen aus laufen nun auch die Strahlen nach anderen Ländern hin. Polen verständigte sich in neuerer Zeit mit Rumänien. Polen wird sich sicherlich auch mit der Tschecho-Slowakei verständigen, mit der es nicht so ganz gut steht. Es hat sich verständigt mit Ungarn. Es hat zweifellos ein Geheimbündnis mit Frankreich abgeschlossen, denn die Veröffentlichungen, daß man zu keinem Bündnis gelangt sei, ist natürlich für England und für die offizielle Öffentlichkeit bestimmt. Im Grunde weiß man sicher zwischen Frankreich und Polen ganz genau, wie man sich gegenseitig unterstützen wird und was man gemeinsam vor hat.

Alle diese Dinge sind ja verhältnismäßig bekannt und einfach zu durchsehen. Ich brauche mich bei ihnen nicht sehr lange aufzuhalten. Am wichtigsten für uns ist natürlich die Frage, welche Rolle demgegenüber Deutschland, die deutsche Bourgeoisie einerseits, das deutsche Proletariat andererseits, zu spielen berufen ist. Hier glaube ich nun, daß es innerhalb der deutschen Bourgeoisie verschiedene Tendenzen oder sagen wir richtiger, zwei Grundtendenzen gibt. Die einen sind die des eigentlich fabrizierenden Kapitals, sind die des bürgerlichen Mittelstandes, der am liebsten in aller Ruhe seinem Geschäft nachgeht und sein Geschäft wieder aufbauen möchte. In diesem Kreise wünscht man wahrscheinlich im großen und ganzen nicht eine neue Beteiligung irgendwelcher deutscher Geschäfte an einem neuen Krieg des Kapitals gegen Rußland, sondern man hofft, darum herumzukommen. Das aber sind eigentlich nicht die Kreise, die in der deutschen Bourgeoisie die Führung und die Initiative in der Hand haben. Diejenigen, die die Führung und die Initiative in der Hand haben sind zwei andere Gruppen. Das sind die großen Rohstoff-Monopolisten und Rohstoff-Händler von der Art von Hugo Stinnes und seines gleichen auf der einen Seite und auf der anderen Seite jene Gesellschaft von ehemaligen Offizieren und Adligen und abgesetzten Fürsten und Hakenkreuzrittern aller Art und Studenten usw., diese ganze weißgardistische Bande. Von diesen beiden Gruppen kann man, glaube ich, sagen, daß sie, wenn auch nicht im gleichen Maße, doch daran interessiert sind, wenigstens die Möglichkeit eines neuen Krieges ständig auf der Tagesordnung zu halten als einen Punkt der po-

litischer Diskussion. Das trifft zweifellos zu für Stinnes und die Rohstoffleute, für die Leute, die an der Rüstungsindustrie interessiert sind. Es trifft das zu für alle die Leute, deren Geschäft der Krieg ist, und die sich nicht wohl fühlen in einer Welt, in der es keinen Krieg gibt, die erst in der richtigen Atmosphäre leben und ihre richtigen Verdienstmöglichkeiten haben, wenn irgendwo gegen irgendjemanden -es ist verhältnismäßig gleichgültig, gegen wen- Krieg geführt wird. Diese Leute von der Orgesch und dem Hakenkreuz-Verband und wie diese Bande alle heißen, auf auf der anderen Seite Stinnes und seine ihm angegliederten Gruppen, sie haben faktisch ein Interesse daran, die Kriegsmöglichkeit ständig lebendig zu halten, und die Orgesch-Leute haben sogar ein Interesse daran, den Krieg tatsächlich in Gang zu bekommen. Der inner- und außenpolitische Reflex dieser ganzen Seite der Sache war ja die Diskussion über die Entwaffnungsfrage. Ich sage: war, denn merkwürdigerweise ist die Diskussion über die Entwaffnungsfrage in den letzten Tagen aus der Presse nahezu ganz verschwunden. Es war da, wie Ihr Euch erinnert, eine große Aufregung wegen Bayern. Bayern wird unter keinen Umständen sich entwaffnen lassen. Bayern verlangt, daß die Reichsregierung unbedingt an dem Standpunkt festhält, daß man darüber auch nicht einmal diskutiert, und Bayern will unter Umständen besondere Wege gehen und was da alles gesagt worden war. Dann war der Herr v. Kahr, der ja gegenwärtig als der Beauftragte der schärfsten Richtung der Gegenrevolution wohl die ausschlaggebende Macht unserer inneren Politik ist, nach Berlin gefahren, hatte da gesprochen und auf den Tisch geschlagen. Man hatte in Jena in den Sitzungen der einzelstaatlichen Minister über die Entschädigungsfrage überhaupt nicht verhandelt, wie ich bestimmt behaupten kann. Ich glaube, nur über die Entwaffnungsfrage hat man dem Herrn v. Kahr sehr viel erzählt, von der nötigen Einheitsfront der Deutschen und daß er um Gottes willen nicht aus der Reihe tanzen soll. Und da ist der Herr Kahr noch einmal aufgestanden und hat erklärt, er nehme jetzt an der Diskussion nicht mehr teil, er führe jetzt so nach Hause, und binnen 48 Stunden werde er seinen Bescheid von Bayern aus geben. Darauf sind dann die Minister besorgten und bekümmerten Herzens auseinandergespritzt. Herr v. Kahr ist also nach Hause gefahren. Dann kamen jene Münchner Tage, in denen immer nur ganz dunkle Meldungen in den Zeitungen standen, die Reichsregierung hätte Bayern eine Reihe von Fragen über die Entwaffnung vorgelegt. Es war nicht gesagt, wie die Fragen formuliert waren - und in Bayern fänden dauernd Sitzungen statt, man könnte sich über die Antwort nicht ganz einigen. Es war aber nichts ge-

sagt, was für Meinungen da aufeinanderplatzten. Und dann hieß es, ja, es wäre die Note von Bayern nach Berlin abgeschickt, man wüßte aber nicht, was darin stände. Und schließlich: ja, Bayern hätte an seinem Standpunkt festgehalten. Wenn man sich diesen ganzen Kudelmuddel besieht, so entdeckt man dann schließlich folgendes Resultat: Bayern hat an seinem Standpunkt festgehalten, daß die Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren eine Lebensfrage für Bayern wäre, daß ihre Existenz eine Lebensnotwendigkeit für Bayern wäre, und daß das bayrische Ministerium keinerlei Verantwortung in dieser Richtung auf sich nehmen könnte: wenn freilich die Reichsregierung da innerhalb ihrer Zuständigkeiten Anordnungen treffen wolle, so möge sie das tun, aber die Verantwortung müsse ganz ihr, der Reichsregierung, überlassen werden. Praktisch genommen, heißt das natürlich folgendes: die Reichsregierung kann uns hier in Bayern sonst was, unser Standpunkt ist der alte geblieben, und wir haben uns mit der Reichsregierung dahin geeinigt, daß die Reichsregierung ruhig ihre Gesetze und Verordnungen und was sie sonst will, auf Papier in die Welt setzen mag, das soll uns alles nichts kümmern; die Reichsregierung mag sehen, was sie davon durchführen kann und wie sie das durchführen will, darum bekümmern wir uns weiter garnicht: wir wissen, die Reichsregierung wird davon nichts durchführen, sie kann nichts davon durchführen. Die Reichsregierung weiß das auch, und wir werden uns also nicht mehr streiten. Wozu sollen wir eigentlich streiten! Die Reichsregierung wird die Papiere herstellen, die die Entente von ihr verlangt, und damit ist die Sache gut.

So liegen die Dinge. Und die Reichsregierung hat sich wohl oder übel eben damit abgefunden. Und der Herr Dr. Simons hat in seiner Stuttgarter Rede erklärt -und das war ein vollkommener Widerspruch in sich selbst-, er hat dort über die Entwaffnungsfrage überhaupt nichts gesagt, er hat nur insgesamt über die Pariser Beschlüsse gesagt, ja, er hätte früher erklärt, diese Pariser Beschlüsse wären nicht diskutabel, und an diesem Standpunkt hielte er fest; er ginge nach London nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß auch über die deutschen Vorschläge diskutiert würde; die Pariser Beschlüsse wären in ihrem Zusammenhang undiskutabel, und daran hielte er fest. Die Wendung "in ihrem Zusammenhang" ist ganz neu, hat man bisher nicht gehört oder wenigstens nicht beachtet. Die Wendung "in ihrem Zusammenhang" heißt natürlich, über jede Einzelheit können wir herzlich gern diskutieren, natürlich auch über die Entwaffnungsfrage, über alles, was Ihr wollt. Aber es muß doch irgendwie das Gesicht gewahrt werden; nachdem ich diesen ganzen Rummel aufgezogen habe, muß ich doch etwas

sagen, also sage ich: die Pariser Forderungen in ihrem Zusammenhang sind indiskutabel und dabei bleibe ich und bin zufrieden, wenn auch über unsere Berliner Vorschläge verhandelt wird - auch!

Das Schweigen des Herrn Dr. Simons über die Entwaffnungsfrage bedeutet also, daß er heute öffentlich der Entente darüber nichts sagen will, nicht sagen möchte, daß das ein Punkt ist, den man lieber ganz unter sich behandelt. Man wird ihn auch noch ganz unter sich und in allem Frieden behandeln, und zwar, wie ich fest überzeugt bin, etwa in folgendem Sinne: die ganze Aufregung der Entente darüber, daß in Deutschland noch Waffen seien und noch Einwohnerwehren und unkontrollierte militärische Verbände usw., ist mindestens insoweit künstlich, als sie getragen wird von dem Militär, von den Generalen Frankreichs, Englands usw. und von den Politikern dort, denn ganz gewiß sind diese Leute und namentlich die Militärs bei weitem klug genug, um zu wissen, um sehr genau zu wissen, daß die deutsche Bourgeoisie an einen Befreiungskrieg gegen Frankreich jetzt nicht mehr denken kann; es mögen ein paar hundert Flugzeuge und ein paar tausend Maschinengewehre und sonst noch etwas, Minenwerfer und was weiß ich, noch irgendwo in Deutschland herum versteckt lagern -hoffen wir es meinetwegen!- aber daß das, was an Kriegsmaterial noch etwa versteckt bei uns lagern mag, ausreichen sollte, um einen Befreiungskrieg der deutschen Bourgeoisie gegen die absolut überlegene materielle Ausrüstung der französischen Bourgeoisie noch leisten zu können, daran glaubt kein französischer Unteroffizier, geschweige denn ein französischer General. Wenn man also dieses Geschrei von dem Befreiungskrieg drüben nicht ganz ernst nimmt, weil, abgesehen von der Masse der Spießer -die mag es dort vielleicht ernst nehmen-, so nimmt man es auch bei uns nicht ernst, wenigstens oben in den Spitzen. Ich bin fest überzeugt, daß der Herr Landeshauptmann -oder wie er heißt- Escherich keinen Moment an einen Befreiungskrieg Deutschlands gegen Frankreich denkt. Ich bin auch fest überzeugt, daß Ludendorff mit seiner genauen Kenntnis gerade der materiellen Grundlage der Kriegsführung schlaue genug ist, um zu wissen, daß das nicht geht. Und unter diesem Gesichtspunkt wird natürlich das ganze national-bolschewistische Getue, das sich einige V.K.P.-Leute vor einiger Zeit in München geleistet haben, erst recht im ganzen Umfang seiner Lächerlichkeit enthüllt. (Sehr richtig!)

Aber wozu dann das ganze Geschrei? Dieses ganze Geschrei hat natürlich eben auf beiden Seiten innerpolitische Gründe. Man schreit drüben, weil man Steuern für die Armee haben muß, weil man die Notwendigkeit der Armee